

**Mitteilung der Fachstelle SRO/SLV
Nr. 33/2019**

An die angeschlossenen Finanzintermediäre der SRO/SLV sowie die FI-Prüfstellen

Zürich, 18. Juli 2019

Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung

Sehr geehrte Damen und Herren

Ende Juni hat der Bundesrat den Entwurf und die dazugehörige Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung („GwG“) veröffentlicht. Die Dokumente können Sie unter folgendem Link abrufen:

https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/dokumentation/nsb-news_list.msg-id-75603.html.

Mit dieser Vorlage sollen einige der wichtigsten Empfehlungen aus dem vierten Länderbericht der Financial Action Task Force (FATF) zur Schweiz umgesetzt werden. Insbesondere wird vorgeschlagen, dass Personen, die bestimmte Dienstleistungen erbringen, namentlich im Zusammenhang mit der Gründung, Führung oder Verwaltung von Sitzgesellschaften mit Sitz in der Schweiz oder im Ausland sowie von Trusts, zukünftig die Pflichten gemäss dem GwG einzuhalten haben.

Für Sie als Finanzintermediäre, welche bereits bis anhin die Pflichten nach dem GwG einhalten mussten, sind insbesondere die nachfolgend aufgeführten Änderungen von Interesse.

1. Überprüfung der Identität der wirtschaftlich berechtigten Person

Gemäss Art. 4 GwG muss der Finanzintermediär die wirtschaftlich berechtigte Person mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt feststellen. Die FATF verlangt in ihrer Empfehlung Nr. 10, dass der wirtschaftlich Berechtigte nicht nur festgestellt wird, sondern auch angemessene Massnahmen ergriffen werden, um dessen Identität zu verifizieren. Im Länderbericht zur Schweiz wurde von der FATF kritisiert, dass keine explizite gesetzliche Grundlage und somit keine generelle Verpflichtung zu einer systematischen materiellen Überprüfung bestehe. Um dieser Kritik Rechnung zu tragen, wird Art. 4 GwG angepasst und es wird festgehalten, dass der Finanzintermediär mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt die wirtschaftlich berechtigte Person feststellen und deren Identität überprüfen muss.

Der Finanzintermediär kann dabei ausdrücklich einen risikobasierten Ansatz verfolgen und somit je nach Art des Vertragspartners unterschiedliche Massnahmen ergreifen, um sich über die Plausibilität der Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten zu vergewissern.

In welcher Form und Tiefe die Überprüfung konkret zu erfolgen hat, wird in der Botschaft nicht ausdrücklich klargestellt. Es wird einzig festgehalten, dass mit der Einforderung lediglich einer Ausweiskopie der wirtschaftlich berechtigten Person für die Akten die genannte Pflicht nicht ausreichend erfüllt werde.

Die SRO/SLV ist bestrebt, die Bestimmung im Reglement oder sodann in ausführenden Erläuterungen z.B. in einem Rundschreiben zu präzisieren.

2. Aktualisierung der Kundendaten

Bis anhin mussten die Daten zum Vertragspartner während einer laufenden Geschäftsbeziehung nur aktualisiert werden (z.B. Wiederholung der Identifikation, Einholung eines neuen Formulars zur Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person), wenn im Laufe der Geschäftsbeziehung Zweifel an den Angaben zur Identität der Vertragspartei oder der wirtschaftlich berechtigten Person aufgekommen sind.

Das Fehlen einer generellen und ausdrücklichen Pflicht zur Sicherstellung der Aktualität der Kundendaten, hat die FATF als erheblichen Mangel qualifiziert. Dieser Mangel soll nun mit der Einführung eines Art. 7 Abs. 1^{bis} GwG behoben werden. Gemäss diesem neuen Absatz besteht eine ausdrückliche und generelle Pflicht der Finanzintermediäre, regelmässig zu prüfen, ob die einzuholenden Belege noch aktuell sind und sie bei Bedarf zu aktualisieren. Dabei werden von der Aktualisierungspflicht nicht nur die Dokumente zur Identifizierung der Vertragspartei und die Formulare zur Feststellung der wirtschaftlich berechtigten Person erfasst. Gegebenenfalls muss der Finanzintermediär durch die Vornahme von weiteren Abklärungen auch überprüfen, ob Art und Zweck der Geschäftsbeziehung noch aktuell sind. Gemäss der Botschaft hat jeder Finanzintermediär nach einem risikoorientierten Ansatz zu bestimmen, welche Daten aktualisiert werden müssen und in welcher Frequenz er die Daten der einzelnen Kunden auf ihre Aktualität hin überprüft.

Zu beachten ist, dass die Aktualisierung der Daten nach dem zum Zeitpunkt der Aktualisierung geltenden Regeln zu erfolgen hat. Das heisst, sofern die Gesetzesbestimmungen zwischen dem Zeitpunkt des erstmaligen Einholens der Dokumente und dem Zeitpunkt der Aktualisierung geändert worden sind, muss die Aktualisierung der Daten und Dokumente nach den im Zeitpunkt der Aktualisierung gültigen Gesetzesbestimmungen erfolgen. Betont wird in der Botschaft das Ermessen des Finanzintermediärs bezüglich der Frequenz der Überprüfung, wodurch auch die für ihn nachteiligen Folgen der indirekten Gesetzesrückwirkung abgemildert werden sollen.

3. Änderungen im Zusammenhang mit dem Meldewesen

Im Zusammenhang mit dem Meldewesen weist die Schweiz einige Eigenheiten auf. Insbesondere ist die Differenzierung zwischen der Meldepflicht nach Art. 9 GwG und dem Melderecht nach Art. 305^{ter} Abs. 2 StGB zu nennen. Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung wurde denn auch vorgeschla-

gen, dass das Melderecht gestützt auf Art. 305^{ter} Abs. 2 StGB aufgehoben werden soll, was aber von der Mehrheit der Personen, welche eine Vernehmlassung eingereicht haben, abgelehnt wurde.

Deshalb wurde entschieden, dass das Melderecht in Art. 305^{ter} Abs. 2 StGB beibehalten werden soll.

Infolge der Rechtsprechung zum Begriff des „begründeten Verdachts“ wird die Schwelle für eine Meldung nach Art. 9 GwG tiefer angesetzt und die Differenzen zwischen der Meldepflicht nach Art. 9 GwG und dem Melderecht nach Art. 305^{ter} Abs. 2 StGB vermischen sich. Damit Klarheit geschaffen werden kann, soll der Begriff des begründeten Verdachts in der Geldwäschereiverordnung des Bundesrates näher umschrieben werden.

Wie bereits im Vorentwurf zur Revision des GwG vorgeschlagen, soll die aktuell gültige Bearbeitungsfrist der MROS von 20 Tagen, welche von dieser in der Praxis nicht mehr eingehalten werden kann, aufgehoben werden. Damit die Finanzintermediäre allerdings nicht in einer unzumutbaren Schwebe-phase verbleiben, wurde neu eine Frist von 40 Arbeitstagen eingeführt, nach welcher die meldenden Finanzintermediäre die Geschäftsbeziehung unter Wahrung des Paper Trails abbrechen dürfen, sofern die MROS die Meldung nicht innerhalb dieser Frist an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet hat.

In der Botschaft zur Änderung des GwG wird festgehalten, dass das Melderecht keine Konkurrenz zur Meldepflicht darstellen soll. Es sei auszuschliessen, dass ein Fall gleichzeitig unter das Melderecht und die Meldepflicht falle. Bevor ein Finanzintermediär das Melderecht nutzen könne, müsse er folglich abklären, ob die Meldepflicht im Sinne der Rechtsprechung zum „begründeten Verdacht“ greife. Nur und insoweit die Meldepflicht noch nicht erfüllt ist, verbleibt Raum für das Melderecht.

Das Parlament wird sich voraussichtlich bereits im zweiten Halbjahr 2019 erstmals mit der Revision des GwG befassen. Die neuen Bestimmungen werden aber frühestens Anfang 2021 in Kraft treten.

Sobald wir über nähere Informationen zum Zeitplan und der genauen Ausgestaltung der Bestimmungen, insbesondere auch deren Umsetzung in die Regularien der SRO/SLV verfügen, werden wir Sie informieren.

Sollten Sie Fragen in diesem Zusammenhang haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

sig. MLaw Lea Ruckstuhl, Rechtsanwältin
Leiterin der Fachstelle